

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur | Postfach 71 24 | 24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6369

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Herrn
Martin Habersaat MdL
Vorsitzender
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: 3. Februar 2026
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: 31. März 2026

Dr. h.c. Gerhard Ulrich
beauftragter@bimi.landsh.de
Telefon: 0431 988-2323
Telefax: 0431 988-2323

31. März 2026

Stellungnahme des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein zur Umsetzung der Landtagsbeschlüsse vom 24. November 2023 (Drucksache 20/1617) und 24. Mai 2024 (Drucksache 20/2144) zur Bekämpfung des Antisemitismus an Hochschulen sowie Situation und Betroffenheit jüdischer Studierender und Lehrender

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich für die Möglichkeit, als Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein eine schriftliche Stellungnahme für das Fachgespräch des Bildungsausschusses am 16. April einbringen zu dürfen. Leider ist es mir aus persönlichen Gründen nicht möglich, an dem Fachgespräch teilzunehmen.

Ich erachte es als sehr bedeutsam, dass sich der Bildungsausschuss in der aktuellen gesellschaftlichen und auch weltpolitischen Lage mit den Themen Antisemitismus an Hochschulen sowie der Situation und der Betroffenheit jüdischer Studierender und Lehrender in Schleswig-Holstein befasst und diesen Stimmen auch den Raum gibt, gehört zu werden.

In den vergangenen Wochen müssen wir täglich Vorfälle in Deutschland, Europa und weltweit beobachten, die gegen Jüdinnen und Juden und gegen den Staat Israel gerichtet sind. Diese Vorfälle sind nicht harmlos; sie sind mitunter tödlich und stets von Hass und Hetze geprägt. Antisemitismus geht uns alle etwas an, ist eine Belastung und auch eine Herausforderung für unsere demokratische Grundordnung. In meiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur

Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (Umdruck 20/6166) habe ich bereits auf die intensive Arbeit der Landesregierung in dieser Wahlperiode aufmerksam gemacht. Nach meinem Dafürhalten wird im Bericht zur Umsetzung 10-Punkte-Plan für jüdisches Leben (Drs. 20/3910) doch sehr deutlich, wie vielfältig die Hochschulen in Schleswig-Holstein bereits aufgestellt sind. Die Kritik am 10-Punkte-Plan während der Plenardebatte am 28. Januar 2026 aus den Reihen der Oppositionsfraktionen ist für mich kaum nachvollziehbar. Die Kritik an der Arbeit so vieler Institutionen und hoch engagierter einzelner Personen hielt ich nicht für angemessen und ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass in den aktuellen Zeiten jede einzelne Sensibilisierungsmaßnahme bedeutsam im Kampf gegen Antisemitismus sein kann und unserer Wertschätzung bedarf. Noch mehr Maßnahmen oder eine noch intensivere Bildungsarbeit sind wünschenswert, bedürfen aber eines weiteren Aufwuchses finanzieller und personeller Ressourcen.

Und um auf das Thema der Hochschulen zu sprechen zu kommen, müssen wir uns klar machen, dass wir bundesweit vor einer enormen Herausforderung stehen. Der Jahresbericht 2024 von RIAS e.V.¹ machte die dramatischen Ausmaße sichtbar und deutlich. Antisemitismus an Hochschulen war und ist auch in 2026 für Betroffene ein alltagsprägendes Phänomen.² Die Vorfallszahlen haben sich im Jahr 2024 verdreifacht. Bundesweit wurden 450 Vorfälle erfasst.³ Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Das Ausmaß und mögliche Reaktionen darauf werden u.a. in zwei 2025 erschienenen Dokumenten sehr deutlich herausgearbeitet:

Zum Einen gibt es von der Universität Marburg und RIAS Hessen e.V. die Publikation „Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart. Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe“⁴, des Weiteren den Forderungskatalog „Wissenschaftsfreiheit verteidigen heißt Antisemitismus bekämpfen“⁵ der Jüdischen Studierendenunion Deutschland gegen Antisemitismus an Hochschulen. Die Zahlen in diesen Publikationen sind ernüchternd.

Ich wünsche allen Beteiligten am 16. April einen offenen und ergebnisorientierten Austausch, damit wir dem Antisemitismus in unserem Land noch stärker und geeint begegnen können. Gerne stehe ich auch abseits des Fachgesprächs zu einem Austausch bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. h.c. Gerhard Ulrich
Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein

1 [Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024 – Jahresbericht](#)

2 Ebd. S. 6.

3 Ebd. S. 11.

4 [fachtag_as_hochschulen_mr.pdf](#)

5 [Forderungskatalog gegen Antisemitismus an Hochschulen](#)